

Die unsichtbare Intendantin

Monika Piel und die Konfliktlage im WDR

Von Dieter Anschlag

Monika Piel hat es in den ersten fünf Jahren ihrer Amtszeit im WDR gar nicht so schlecht gemacht. Für eine Intendantin des größten ARD-Senders ist sie erstaunlich unbemerkt unter dem Radar der medienpolitischen Öffentlichkeit geblieben. Sie hat damit ein deutlich anderes Amtsverständnis gewählt als ihre Vorgänger Fritz Pleitgen und Friedrich Nowotny. Verglichen mit diesen WDR-Herren, die sich gerne in der Öffentlichkeit zeigten und denen eine gewisse Präpotenz mitunter nicht abzusprechen war, hat sie sich zurückgehalten. Das hat gewiss auch angenehme Seiten, wenn nun nicht bei jedem medienpolitischen Scharmützel sich die WDR-Intendantin zu Wort meldet. Es hat aber auch Nachteile. Böswillige nennen Monika Piel im Hausjargon „die unsichtbare Intendantin“. Ihr fehle im doppelten Wortsinn ein kenntliches Programm. Die Lage hat sich für Monika Piel, die seit dem 1. April 2007 als WDR-Intendantin amtiert, seit Januar 2011 verschärft, weil sie seitdem auch ARD-Vorsitzende und damit zusätzlich gefordert ist. Aktuell sieht sich die 60-jährige Intendantin auf mindestens vier Feldern mit Konflikten konfrontiert, die sie nicht mehr durch Nichtbeachten wegbügeln kann.

- Die fatal gestartete ARD-Vorabendshow „Gottschalk Live“ steht maßgeblich unter ihrer Schutzherrschaft, niemand anders aus dem Intendantenkreis hat sich so sehr hinter Thomas Gottschalk gestellt wie die WDR-Intendantin, die für den Moderator die entscheidende Autorität ist, wenn es um die Frage geht, ob die Sendung noch satisfaktionsfähig ist. Solange Piel zu ihm stehe, ließ Gottschalk jüngst wissen, mache er weiter. Und die Intendantin habe ihm versichert, dass er auf sie zählen könne. Nach der Debütausgabe sagte Monika Piel: „‘Gottschalk Live’ hat großes Potenzial.“ Doch das Gegenteil ist der Fall, die Sendung (gerade im Totalumbau) funktioniert bis heute nicht und ist zu einem Einschalthemmnis im ARD-Vorabendprogramm geworden. Doch dies ist als Werberahmenprogramm auf Publikum und Quote angewiesen, ansonsten sinken die Einnahmen. „Gottschalk Live“ jedoch, so sagen es die Führungskräfte anderer ARD-Sender mehr oder minder vernehmlich, treibt die Zuschauer zum Umschalten auf das ZDF oder zu den Privatsendern.
- Im eigenen Haus steht Piel derzeit wegen der Reform des Kulturradios WDR 3 unter Druck, zumal sie lange selbst Hörfunkdirektorin war. In dieser Funktion hatte sie die strenge Formatierung der Programme forciert, die manche auch als eine Zersplitterung der Wellen betrachten. Die Bevorzugung des Wortprogramms WDR 5 führte zur Schwächung von WDR 2 und WDR 3 und hatte in der Folge weiterer Reformen Züge einer inneren Selbstzerstörung eines Teils der WDR-Radioprogramme. Nun bringen die neuesten Pläne zur Streichung von WDR-3-Sendungen das Fass zum Überlaufen: Über 16 000 Unterschriften wurden via Internet gegen die Reform gesammelt – solche Proteste gegen die WDR-Hörfunkpolitik hat es zuletzt Ende der 70er Jahre bei der Abschaffung der WDR-2-„Radiothek“ gegeben. Im Übrigen sieht sich Piel, was das WDR Fernsehen angeht, auch seit längerem schon mit dem Vorwurf eines boulevardesken *Mainstreaming* des Dritten Programms konfrontiert, die nach Ansicht der Kritiker ebenso auf eine Unterforderung des Publikums hinausläuft wie die diversen Hörfunkreformen.
- In der bundesweiten Medienpolitik werfen ARD-Mitarbeiter der ARD-Vorsitzenden Piel eine zu nachgiebige Haltung gegenüber den Verlegern vor. Diese fordern im Streit um die „Tagesschau“-App im Speziellen und die Internet-Angebote der Öffentlich-Rechtlichen im Allgemeinen enorme Beschränkungen von den Sendern. Piel gebe, so der Vorwurf, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ohne Not Aktionsbereiche preis, die den Sendern sogar staatsvertraglich zustünden. Kritik kommt sowohl von den Redakteursvertretungen der öffentlich-rechtlichen Sender (AGRA) als auch von der ARD-internen Redaktionskonferenz Online (RKO), die bei zu großen Zugeständnissen an die Verlage die Zukunft von ARD und ZDF im Internet-Zeitalter gefährdet sehen. Und auch die Gremien des Senderverbundes dürften sich düpiert fühlen, wenn ihre in aufwendigen Drei-Stufen-Tests getroffenen Entscheidungen dazu, welche Angeboten die ARD im Netz machen darf, durch die Linie der ARD-Vorsitzenden hinter die erreichten Freiräume zurückgesetzt wird.
- Schließlich sind die digitalen Fernsehkanäle von ARD und ZDF ein derzeit Konfliktpunkt. Im WDR gibt es Sorge, dass Monika Piel gegenüber der aggressiven rheinland-pfälzischen

Rundfunkpolitik Möglichkeiten des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen preisgeben könnte. Hier geht es um die für viele selbst in der WDR-Hierarchie durchsichtige Strategie der Mainzer Staatskanzlei, möglichst viele der digitalen Spartenkanäle für den Standort Mainz zu sichern, die NRW dann abhandeln kommen könnten. Dies betrifft den offensichtlich gesetzten Ausbau von ZDFneo wie auch den projektierten Jugendkanal der ARD, der anscheinend ebenfalls in Mainz angesiedelt werden soll, also beim SWR. In einer offensichtlich engen Verbindung agiert hier der rheinland-pfälzische Staatskanzleichef Martin Stadelmaier (SPD) mit dem nordrhein-westfälischen Medienstaatssekretär Marc Jan Eumann (SPD), aus deren Äußerungen, wie sie am 29. Oktober vorigen Jahres in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen waren, sich schließen lässt, das im Moment alle Bestrebungen für die digitalen Sparten sender, die aufrechterhalten oder vielleicht sogar neu etabliert werden sollen, auf den Südwesten Deutschlands hinauslaufen, jedenfalls nicht auf NRW und den WDR.

Konkret geht es in diesem Zusammenhang auch um die Zukunft des ARD-Spartenprogramms Eins Festival, das vom WDR verantwortet wird und den rundfunkpolitischen Plänen der SPD mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck an der Spitze zum Opfer fallen könnte. Beck ist zudem Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder wie auch des ZDF-Verwaltungsrats. Und Beck wie Stadelmaier fühlen sich standortpolitisch Rheinland-Pfalz verpflichtet, mithin dem SWR und dem ZDF, zumal Stadelmaier schon seit einiger Zeit auch als kommender Verwaltungsdirektor beim ZDF im Gespräch ist (der bisherige Amtsinhaber Hans Joachim Suchan geht bald in den Ruhestand). Die Pläne der SPD sehen bekanntlich eine Reduzierung der Anzahl der Spartenkanäle vor. Offenbar kam bisher zwischen Monika Piel und NRW-Staatssekretär Eumann keine Kommunikation über die Auswirkungen der rheinland-pfälzischen Planungen auf den WDR zustande. Natürlich lässt sich generell darüber diskutieren, ob eine Reduktion dieser Spartenkanäle nicht sinnvoll wäre. Dennoch erwarten viele im WDR von ihrer Intendantin hier eine Haltung, die den Sender wieder stärker ins Spiel bringt.

Monika Piel wird also für den WDR und in der ARD sicht- und vernehmbarer werden müssen. Dazu gehört eine deutlichere und stärker strategisch begründete medienpolitische Präsenz. Wenn sie für ihre im kommenden Mai avisierte Wiederwahl als WDR-Intendantin nicht nur eine Notlösung sein soll – mangels Alternativen –, sondern für eine zweite sechsjährige Amtsperiode mit Energie und Weitblick antreten will, dann erwarten viele gerade im WDR deutlichere Ansagen für die Grundprinzipien und Stärken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, jenseits von der Nibelungentreue zu „Gottschalk Live“. Eine grundsätzliche Veränderung der Distribution und Speicherung audiovisueller Programme steht an. Globale Mitbewerber wie Google, Apple und Facebook rütteln den Anbietermarkt für Fernsehen, Film und Radio in der Internet-Ära auf. Hier ist von der ARD-Vorsitzenden und Chefin des 1,3-Milliarden-Unternehmens WDR vor allem auch intellektuelle und strategische Führungsqualität gefragt, *Leadership* im angelsächsischen Sinne. Das Kalmieren und Beschwichtigen allein wird für eine zweite Amtszeit nicht reichen.

Was Kritiker nicht leugnen können, die Art und Weise, wie Monika Piel Konflikte nicht beachtet, die öffentliche Debatte um den WDR ignoriert und stur ihrer eigenen Agenda folgt, erinnert an die Kanzlerin. Und Angela Merkel ist mit dieser Öffentlichkeitsstrategie gewiss nicht unerfolgreich. Doch auch sie steht vor der Frage, ob diese ihre Strategie auch noch nach verlorenen Landtagswahlen in NRW, Schleswig-Holstein und dem Saarland taugt. Und ob sie und ihre schwarz-gelbe Koalition die nächste Bundestagswahl überstehen. Wenn Merkel allerdings begreift, dass etwas geschehen muss, dann weiß sie blitzschnell zu handeln. Wie gerade im Fall Gauck.

Artikel aus der „FUNKKORRESPONDENZ“ vom 23.3.12/FK Nr. 12/2012